

Südostfische Volkszeitung

Gezeichnet täglich nachm., mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: Mietzelt, 1.-50 Pf. (ohne Belebung), für Seiten
seit 2.-55 Pf. Bei a. a. Verhältnissen 1. Zeitungszettel Nr. 666.
Einzelnummer 10 Pf. — Redaktions-Sprechstunde: 11-12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Anmerkungen werden die Säcke mit 50 Pf. die Seite berechnet. D. bedeutet Redaktions-
Sprechstunde. Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden,
Villiger Straße 43. — Redakteur Nr. 1806.

Schon wieder neue Steuern?

Unser Berliner parlamentarischer Mitarbeiter schreibt uns:

Noch ist die neue Reichsfinanzreform nicht überall verdon — die Wagnisbeobachter der Nationalliberalen sind vielmehr erheblicher geworden — und schon sucht man wieder nach neuen Steuern. Die bewilligten 176 Millionen Mark reichen nicht aus. Das bisherige Ergebnis der neuen Steuern ist allerdings ein ganz auffallend niedriges, aber es ist auch nicht außer Acht zu lassen, daß alle Steuerquellen auffangen nur häufig fliehen; erst in einigen Jahren entwideln sie sich zu voller Höhe und Ergiebigkeit. Man tut deshalb im allgemeinen auch gut, sich vorerst auf den abwartenden Standpunkt zu stellen und nicht aus den Anfangsergebnissen schon Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Besser zu wenig Steuern als zu viel. Man kann im Steuerverbilligen nie vorsichtig genug sein. Aber trotz alledem darf man eines nicht vergessen: der Reichstag hat sich einmütig auf den Boden gestellt, daß insgesamt 200 Millionen Mark neue Steuern erforderlich sind, hat aber „nur“ 176 Millionen bewilligt. Es ist daher nicht auffallend, wenn nun diese 24 Millionen bei der Aufstellung des Etats fehlen und man wird sich im allgemeinen der Erwögung nicht verschieben können, daß diese Gelder noch aufzubringen sind. Aber wie? Das ist die entscheidende Frage.

Das gesamte Steuerfeld ist abgegrast; es gibt fast nirgends mehr etwas zu holen. Nur ganz absonderliche Vorschläge sind noch nicht eingehemmt; so schrieb uns ein biederer Münchener, weshalb man nicht eine Körperssteuer einführen, weshalb nicht eine Junggesellensteuer erhoben werde. Aber man sieht schon auf diesen Vorschlägen, daß man zu Kuriositäten kommt. Eine Junggesellensteuer hat man übrigens schon in allen Ländern, in denen die allgemeine Einkommensteuer besteht, welche bekanntlich überall auf den Familiestand Rücksicht nimmt und den Junggesellenehren belastet als den Familienbater. Die Wehrsteuer wird auch genannt und es läßt sich gar nicht in Abrede ziehen, daß die Wehrsteuer sehr viel für sich hat; wer aus ganz geringfügigen Anlässen nicht dienen muß, hat große Vorteile, die der ganzen Familie zu gute kommen. Die Zahl derjenigen aber, die frei werden, vermehrt sich rasch infolge unserer großen Bevölkerungszunahme. Diese Steuer würde also immer ein gutes Stück Geld abwerfen; jedoch hat man sie stets für die Militärinvaliden ins Auge gefaßt und erklärt: wer nicht dient, soll Geld für denjenigen aufbringen, der im Heeresdienste an seiner Gesundheit Schaden erleidet. Deshalb sah man diese Steuer auch immer als eine Ergänzung des Reichsinvalidenfonds an; dieser aber bleibt uns bis 1913 erhalten und dann soll die Wehrsteuer die Kosten der Militärvorsorgen aus dem Kriege aufbringen. Nun wird nicht allzuviel einzuhenden haben, wenn man die Wehrsteuer bis 1913 zurückstellt; wer auch die Zukunft im Auge hat, muß eine solche vorsichtige Politik treiben. Aus diesem Grunde dürfte die Wehrsteuer vorerst nicht in Betracht kommen.

Man spricht auch von einer Umfragesteuer für Großmühlen. Wenn daraus hingewiesen wurde, daß die Mühlennutzungsteuer ein geeignetes Mittel sei, der Finanznot abzuhelfen, so möchten wir dies für den Augenblick um so mehr bezweifeln, als die Trennung aller Nahrungsmittel eine weitere Belastung der Mühlen und damit des Brotes nicht ratsmäßig erscheinen läßt. Zwar hat die Steuerkommission eine dahinzielende Resolution mit kleiner Zusatzmeinheit bei schwacher Befürchtung angenommen, wir möchten jedoch kaum glauben, daß das Plenum des Reichstages, zumal unter den heutigen Verhältnissen, diesen Beschuß bestätigen wird; auch dürften sich die verbündeten Regierungen mit einem solchen kaum einverstanden erklären. Wenn alle Lebensmittel verteuert werden, kann man nicht auch noch eine Mehrlieferung brauchen. Wir wünschen eine solche Umfragesteuer zum Schluß der kleinen Handelsmänner, aber gleichzeitig muß der Eisenbahntarif für Getreide heruntergesetzt werden, so daß das Mehl nicht verteuert wird; diese Frage hat mit der Reichsfinanzreform gar nichts zu tun; sie ist eine Mittelstandsfrage und gar keine Steuerfrage, deshalb muß sie jetzt ausscheiden.

Es bleibt somit nur noch eine Steuer übrig, an die man ernstlich denken kann und dies ist die Branntweinbesteuerung; der Reichstag hat auf diesem Gebiete auch eine Reform gewünscht, aber es scheint nicht recht gehen zu wollen. Eine andere Feststellung der Branntweinsteuer bringt uns mit Leichtigkeit 30 Millionen Mark mehr ein und da schadet eine Höherbelastung gar nicht. Zweit hat man drei Steuern auf Branntwein: Maischraumsteuer, Brennsteuer und Branntweinverbrauchsabgabe. Die Brennsteuer gibt dem Reich gar nichts, was sie abwirkt, erhalten die Brenner wieder als Rückvergütung. Die Maischraumsteuer hat mit den Fortschritten der Technik nicht Schritt gehalten. Die Ausbeute ist gewaltig gestiegen, die Steuer wird nach den alten Sätzen erhoben. Wenn es sich aber um eine Rückvergütung handelt, kommt die höhere Ausbeute in Betracht und deshalb erhalten hier die Brenner mehr zurück, als sie bezahlen. Unseres Erachtens sollte man dazu übergehen, um die gesamte Branntweinsteuer zusammenzulegen und nur als Verbrauchsabgabe auf das fertige Produkt zu legen, das heißt nur für jeden Liter fertigen Branntwein eine Steuer erheben. Zweit ist diese Abgabe 50 Pfennig für den Branntwein, den eine Brennerei innerhalb ihres Kontingentes erzeugt, und 70 Pfennig für denjenigen, der über

dieses Kontingent erzeugt wird. Diese veraltete Bestimmung sollte fallen und die Steuer nach der Größe des Betriebes erhoben werden; wer nur 50 bis 100 Liter herstellt, sollte wie bisher 50 Pfennig bezahlen, wer 100 bis 200 Liter produziert, aber 60 Pfennig und so fort. Dann erhalten wir eine Staffelung wie bei der Biersteuer, die kleineren Brennereien sind gejagt, die großen und leistungsfähigen müssen mehr bezahlen und das Reich erhält ein schönes Stück Geld. Die Schnapsstrinker verdienen auch keine besondere Schonung. Wir hoffen, daß das Reich diesen Weg gehen wird; wenn der Bundesrat schon einen solchen Entwurf vorlegt, wird er sehr viel Sympathie finden; alle anderen Vorschläge dürften rundweg abgelehnt werden. Die Agrarier des Ostens müssen endlich daran glauben, dem Reich zu geben, was ihm gehört.

Politische Rundschau.

Dresden, den 5. November 1906.

Der Kaiser empfing am Sonntag mittag 11½ Uhr im Neuen Palais die Teilnehmer an der Internationalen Konferenz für Funkentelegraphie.

Der preußische Hof legt für den verstorbenen Herzog Otto Trauer auf 14 Tage bis einschließlich den 16. d. M. an.

Die in der Presse über einen neuen Dreikaiserbund umlaufenden Gerüchte entbehren, wie man an unterrichteter Stelle versichert, jeder Begründung, und zwar schon aus dem Grunde, weil die dritte der Dreikaisermärkte, eben Russland, wegen seines Bundesverhältnisses zu Frankreich für eine derartige Kombination überhaupt nicht in Frage käme. Schon aus diesem einen Grunde sei die ganze Kombination, der es übrigens von Anfang an an jeder tatsächlichen Grundlage gefehlt habe, hinfällig.

Der württembergische Landtag ist am 3. d. M. in einer gemeinschaftlichen Sitzung beider Kammer durch den Ministerpräsidenten mit königlichem Dekret aufgelöst worden. Der Ministerpräsident hielt dabei eine Ansprache, in der er den versammelten Ständen einen freundlichen Gruß des Königs entbot und ihnen warmen Dank sagte für die hingebende und erfolgreiche Arbeit. Drei gewichtige Reformen auf dem Gebiete des Steuerwesens, der Gemeindeverwaltung und der Landesverwaltung habe der Landtag zur Verabschiedung gebracht. In wesentlich veränderter Zusammenfassung werde binnen kurzer Zeit ein neuer Landtag in diesem Hause einkehren und damit ein neuer bedeutsamer Abschnitt in dem Verfassungsleben des Landes beginnen. Möge es der Ständeversammlung auch in ihrer künftigen Zusammensetzung gelingen, das Wohl des Vaterlandes, das ja allen gleichmäßig am Herzen liegt, im Verein mit der Regierung zu fördern und damit den alten Wahlspruch unverändert hoch zu halten: Hier gut Württemberg allerwohl.

Zum Vordergrund der Beratung des am 8. d. M. zusammengetretenen Weinparlamentes steht der Wunsch auf Bekämpfung des bei den Weinbereitung zugelassenen Zucker- und Wasserzusatzes und auf einheitliche wirksame Gestaltung der Kellerkontrolle. Vertreter des praktischen Weinbaues und des Weinhandels, sowie Vertreter der verwandten Geschäftszweige nehmen an den Beratungen teil. Die Gesamtzahl der Teilnehmer an den Beratungen übersteigt 70.

Die Zulassung der Russen zu den preußischen Universitäten ist jetzt wieder gestattet. Zu der bisherigen Bedingung politischer Zuverlässigkeit wird nunmehr auch der Nachweis von Unterhaltsmitteln zum Studium gefordert. Am übrigen bestimmt jede Universität selbst, was sie in Bezug auf Vorbildung verlangt.

Die auf der Konferenz für Funkentelegraphie vereinbarte Konvention ist am 3. d. M. unterzeichnet worden, und zwar von folgenden Staaten: Deutschland, Vereinigte Staaten von Amerika, Argentinien, Österreich-Ungarn, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Italien, Japan, Mexiko, Monaco, Norwegen, Niederlande, Persien, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, Türkei und Uruguay. Das Abkommen sanktioniert im wesentlichen die von dem einladenden Staat Deutschland der Konferenz unterbreiteten Vorschläge. Der Schwerpunkt liegt in der Bestimmung, wonach der Austausch funkentelegraphischer Nachrichten zwischen Küstenstationen und Schiff ohne Rücksicht auf das jeweilig angewandte funkentelegraphische System obligatorisch gemacht wird. Die Vereinbarung soll am 1. Juli 1908 in Kraft treten. Die nächste Konferenz soll 1911 in London stattfinden.

Eine neue Untersuchung der Kolonialabteilung. Der im Reichsgericht der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes beschäftigte Wirkliche Legationsrat Dr. von Jacobs hat Mitteilungen über die gegen ihn gerichteten Angriffe wegen seiner Geschäftsführung alsstellvertretender Generalkonsul in Kapstadt und wegen seiner dortigen persönlichen Führung erhalten. Er hat diese Mitteilungen seiner vorgelegten Behörde mit dem Auftrage übergeben, eine Untersuchung einzuleiten. Diesem Antrage ist stattgegeben worden. So teilt es die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ selbst mit. In der Presse hat man von diesen Anklagen seitdem nichts gehört, wohl aber im vertrauten Kreise. Herr von Jacobs ist ein Verwandter des verstorbenen Staatssekretärs von Richthofen; er war in Kapstadt im letzten Winter und hatte dort die Beförderung der Aufträge des Truppenkommandos in Südwafrika durchzuführen; später reiste er über Süd-

wafrika nach Hause. Gegen seine Geschäftsführung hat man namentlich in alldutschen Kreisen Klage erhoben; er habe nämlich die deutschen Firmen in der Kapkolonie nicht genügend berücksichtigt und fast nur bei englischen Firmen eingekauft. Der nunmehr Angeklagte habe zu seiner Rechtfertigung gesagt, daß er dies tun mußte, um eine Sicherung der englischen Grenze zu verhindern usw. Die Verfolgung der Truppe aus der Kapkolonie ist auch Gegenstand von Beschwerden von militärischer Seite geworden. Diese Beschwerden sind schon vor mehr als 6 Monaten eingegangen; inzwischen eine Untersuchung eingeleitet ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber all das spricht dafür, daß der Reichstag selbst die Unterladung in die Hand nimmt. Es wird noch gemeldet: Bei den Angriffen gegen den Wirklichen Geheimen Legationsrat Dr. v. Jacobs von der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, die auf Antrag des betreffenden Beamten jetzt zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht worden sind, handelt es sich darum, daß bei den Kapstädter Lieferungen für Südwafrika im Gesamtbetrag von über 120 000 Mark Unregelmäßigkeiten und Begünstigungen vorgekommen sein sollen, die dem bisherigen Generalkonsul Dr. von Jacobs zur Last gelegt werden.

Das Urteil gegen die Akwaleute in dem neuen Urteil gegen die Akwaleute fällt besonders dadurch auf, daß Angeklagte, die früher nur zu drei Monaten Gefängnis verurteilt waren, nun eine Strafe von fünf Monaten Gefängnis erhalten haben. Eine offizielle Berliner Meldung der „Südwest-Zeitung“ sucht dies so zu erklären, daß der frühere Prozeß, da das gefallte erste Urteil von dem selbst beteiligten und das Urteil zu hart findenden Gouverneur von Port-Elizabeth nicht bestätigt worden war, als nicht geführt angesehen wurde. Man könnte dann von einer reformatio in pejus nicht sprechen. Die Prozeßform ist beim Strafverfahren gegen Farbige auch nicht in der gleichen Weise vollkommen ausgebildet wie beim Verfahren gegen Europäer. Ein Urteil, in dem auf mehr als sechs Monate Freiheitsstrafen gegen Farbige durch das zuständige Bezirksamt oder das zur Prozeßverhandlung gegebenenfalls bestimmte Bezirksgericht erkannt ist, bedarf der Bestätigung des Gouverneurs. Darüber, ob diese Bestätigung erfolgt ist, liegen bis Sonnabend in der Kolonialabteilung noch keine Nachrichten vor. Lediglich der Strafster des Urteils wurde von Hammerum durch das Gouvernement telegraphisch nach Berlin gemeldet.

Die Erfolge der Polenpolitik ersieht man am deutlichsten aus einer Unterredung, welche der bekannte Herr von Koscielski, der „Admiralsski“ der Polenfraktion, einen Vertreter eines freisinnigen Blattes gewährt hat und der nun folgendes wiedergibt: „Herr von Koscielski erklärte mir auf meine Frage, wie er sich zu dem neuen Polenkurs stelle, daß sich der Pole in ihm über den neuen Kurs freue, als Staatsbürger bedauerte er ihn von Herzen. Der von der Regierung ausgeübte Druck müsse notwendigerweise einen Gegendruck erzeugen, der gerade das Gegenteil von dem hervorrufen werde, was die Regierung beabsichtige, nämlich eine Erstärkung des Polentums. „Sehen Sie, ich spreche jetzt auf deutsch, das hat sogar bei mir Majestät bewundert. Woher kommt das aber? Weil zu meiner Zeit noch Polnisch die Unterrichtssprosse war. Mit großem Eifer haben wir uns damals auf die deutsche Sprache gelegt, und haben es durchgebracht, sie zu beherrschen. Aber heute? Ich kann Ihnen da einige interessante Belege dafür geben: Auf meinem Gut hat mich kürzlich ein Geometer, ich möchte ihm einen des Deutschen kundigen Arbeiter zur Hilfeleistung mitgegeben. Ich gab ihm einen sehr tüchtigen Mann, der bei der Garde gedient hat und von dem ich wußte, daß er sehr gut deutsch spricht. Als mein Geometer abends zurückkehrte, meinte er mir Vorwürfe über meine Auswahl, denn der Betreffende verfluchtete mein Wort Deutsch. Erstaunt stellte ich den Mann zur Rede. Er wurde rot, die Tränen standen ihm in den Augen. „Herr,“ sagte er mir, „ich kann nicht deutsch reden, ich kann die Sprache nicht über die Lippen bringen, die man meinen Kindern mit Schlägen einbläut.“ — „Sehen Sie,“ so fuhr Herr von Koscielski fort, „daß mir ein einfacher Mann. Bei den Gebäuden ist es aber nicht anders. Da hatte ich fürzlich einige junge Leute bei mir zu Tisch. Ich wendete ein Zitat an, das aber leider verlor. Aber, meine Herren, sagte ich, das ist ja aus dem Faust.“ — „Ja,“ erwiderten sie mir, „was denken Sie von uns? Seit dem Abiturientenamt haben wir kein deutsches Buch mehr in die Hand genommen.“ Wenn auch der Nationalpolo aus dieser Notiz spricht, so ist es doch bemerkenswert, daß uns auch ganz kolonialistische Richter diese Erscheinung bestätigt haben. Früher hätten die Polen eine Ehre darin gezeigt, deutlich vernommen zu werden, sie hätten jeden Dolmetscher abgelehnt. Jetzt sei es anders. Jeder Soldat, der eben aus Berlin oder aus dem Westen kommt, antwortet nicht mehr deutsch, sondern polnisch. So führt der ungerechte Druck nur zu einer Störung des Polentums. Die Geschichte ist an ähnlichen Erfahrungen bekanntlich sehr reich.

Gegen das Reichstagswahlrecht spricht sich der konervative „Reichsbote“ bei Gelegenheit der Enthüllungen Delbrück über Bismarcks Staatsstreichuläne im Jahre 1890 mit aller wünschenswerten Deutlichkeit aus. Der „Reichsbote“ betrachtet es als beklagenswert, daß Bismarck das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht überbaut eingeführt und daß er nicht früher vertrieben hat, es abzuschaffen, als er noch auf der Höhe seines Ruhmes stand, denn 1890 sei es schon zu spät gewesen. „Das aber ist,“ so führt

das konservative Blatt fort, „zweifellos und wird durch jede neue Reichstagswahl aufs neue bestätigt, daß dieses radikal demokratische Wahlrecht, welches das Reich unter die Herrschaft der Sozialdemokratie und des Ultramontanismus bringt, das Unglück des Deutschen Reiches ist.“ So wie der „Reichsbote“ denkt man in weiten konservativen Kreisen; aber das Zentrum bleibt der Hört des bestehenden Wahlrechtes.

— Allzu scharf geht wieder einmal der Bund der Landwirte vor; der Vorstand der rheinischen Landwirtschaftskammer hat nämlich beschlossen, die Zulassung einer Einfuhr von wöchentlich 1000 bis 1500 Stück lebender Schweine nach der Rheinprovinz aus Holland zu befürworten. Die Grenze gegen Holland für die Einfuhr lebender Schlägertiere und lebender Schweine ist seit dem 26. Juni 1894 gesperrt. Ebenso ist die Einfuhr von frischer Milch aus Holland seit dem 14. November 1895 verboten. Der Bund der Landwirte erhebt nun den deutbar schärfsten Protest gegen diesen Beschluss, den er als „völlig unverständlich“ und als ein nationales Unglück bezeichnet. Wir meinen, daß der Besluß der rheinischen Landwirtschaftskammer einer ruhigen Erwägung entsprungen ist und nicht durch solche Kraftworte zu bekräftigen ist.

— Ein zweiter preußischer Parteitag der Sozialdemokratie wird am 27. Dezember in Berlin im Gewerkschaftshaus stattfinden. Als vorläufige Tagesordnung ist in Aussicht genommen: 1. Die Organisation für Preußen. 2. Die bisherige Tätigkeit des preußischen Landtages und das Wahlrecht in Preußen. 3. Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. 4. Die Landtagswahlen 1908. Die Referenten sind noch nicht bestimmt.

Italien.

— In der „Gazzetta del Popolo“ erscheint ein bedeutamer Artikel über Thüringens Reise mit folgenden Sätzen: „Es ist an der Zeit, den Zweideutigkeiten ein Ende zu machen. Italien muß dem Dreikrone treu bleiben, schon aus Dankbarkeit, denn er hat uns den Frieden gesichert und nur im Frieden könnten wir den weiten Weg zurücklegen. Der Dreikrone ist es auch, der den Konflikt mit Österreich verhindert hat. Aber um im Dreikrone zu bleiben, muß Italien sich absolut gegen die Möglichkeit schützen, jemals mit England in Konflikt zu geraten. In Berlin wird eine Erklärung unsererseits anfänglich sehr böses Blut machen, aber Deutschland muß schließlich die Berechtigung unserer Forderung begreifen. Hoffen wir, daß der Frieden uns noch lange erhalten bleibt, aber sollte es jemals zu einem Zusammenschluß zwischen Deutschland und England kommen und sollten wir totalerweise hingerissen werden, so wäre Italiens Lage schlimm, wie auch das Waffengleichschlüssig entscheiden möge. Thüringens ist, wie es heißt, sehr zufrieden abgereist. Hoffen wir nur, daß seine Freude niemals Bitterkeit für Italien bedeute.“

— Unter dem Titel: „Traurige Überraschungen der Italiener“ läßt sich der „Corriere della Sera“ aus Berlin melden, die italienischen Delegierten der Internationalen Konferenz für drahtlose Telegraphie seien konsterniert, weil die Engländer, mit denen sie gemeinsame Vorgänge verabredet hätten, sie im Stiche ließen. Tatsächlich läuft der englische Vorübung darauf hinaus, formell zwar die Abmachungen mit Marconi einzuhalten, im Grunde aber England absolute Aktionssfreiheit zu sichern.

Frankreich.

— Die ministerielle Erklärung, die in der Deputiertenkammer zur Verleihung gelangen wird, ist politisch vorsichtiger als die Erklärungen aller früheren Kabinette. Das Programm des neuen Ministeriums ist sehr umfassend, zahlreich sind die darin ausgeführten Reformen. In der Erklärung wird die Versicherung abgegeben, daß das neue Kabinett die Politik des Ministeriums Sarrien, welche die Bildung der Kammer gefunden habe, fortzusetzen gedenke. Was die auswärtige Politik anbetrifft, wolle das Kabinett die Allianz mit Russland und die wertvollen Freundschaften, die Frankreich gehabt habe, aufrechterhalten. Bezuglich der Beziehungen zu den Nächsten werde Frankreich die Politik der Neutralität weiter verfolgen, die ihm einen der ersten Blüte in der Welt einzunehmen gestaltet habe und die sich auf keine Verteidigungskräfte stützen werde. Das Trennungsgesetz werde in liberalerem Geiste, aber mit Festigkeit zur Anwendung gelangen. Dem Parlament werde vom Kabinett eine Vorlage betreffend Einführung der progressiven Einkommenssteuer, ferner eine Vorlage, betreffend den Arbeitsvertrag und eine Vorlage betreffend den Rückkauf der Weitbahn unterbreitet werden. Ferner werde das Kabinett die Freiheiten der Fachvereine weiter ausdehnen, die Altersversicherung der Arbeiter zu Ende führen, die Kriegsgerichte aufheben und mehrere Vorlagen zu Gunsten der Landwirtschaft einbringen, das Gesetz betreffend die Verschwendungen von Lebensmitteln werde vom Kabinett in strenger Weise angewendet werden. Die Erklärung schließt: „Schaffen Sie uns Vertrauen, wir werden handeln.“ — Das Kolonialministerium hat die Nachricht erhalten, daß in der Nähe des Postens Djedda in der Landschaft Mauredanien ein Gefecht zwischen einer Jägerabteilung und Mauren von Adrar stattgefunden hat. Eine Anzahl Jäger soll gefangen sein, die Verluste der Mauren, bei denen auch drei Hauptlinge gefallen sein sollen, werden auf 150 Tote angegeben. Der Kolonialminister hat die nötigen Anweisungen erlassen. — Am Sonntag vormittag fanden mehrere Kundgebungen zu Gunsten des wöchentlichen Ruhelags statt. Es kam zu Ausschreitungen. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor.

Rußland.

— Nach dem Bericht der Reichskontrolle über die Realisierung des Budgets für 1905 überstiegen die gewöhnlichen Einnahmen die gewöhnlichen Ausgaben um 99 382 405 Rubel, im Vorbericht war ein Überschuss von nur 60 980 047 Rubel vorgegeben. Die gewöhnlichen Einnahmen betrugen 2 024 558 452 Rubel, die gewöhnlichen Ausgaben 1 925 176 047 Rubel, die außerordentlichen Einnahmen 793 515 197 Rubel, die außerordentlichen Ausgaben 1 379 576 862 Rubel. Die gewöhnlichen und die außerordentlichen Ausgaben überstiegen die gewöhnlichen und die außerordentlichen Einnahmen um 215 010 037 Rubel. Durch die Benutzung aus dem Budget 1904 verblieben freier Mittel, die die Reichsrente zur Deckung außerordent-

licher Ausgaben verwandte, ist das Gesamtdefizit, das in Höhe von 180 Millionen erwartet war, auf 158 Millionen herabgesetzt worden. Das Defizit wurde mit dem Erlös der fünfprozentigen Anleihe von 1906 gedeckt.

— Als die Polizei am 2. d. M. in Wartshau auf offener Straße einen Unbekannten verhaftet wollte, suchte dieser ein Blatt zu verschwinden, was ihm jedoch nicht gelang. Auf dem Blatte waren Notizen und Adressen verzeichnet, wodurch die Polizei einer von einem russischen Beamten unterhaltenen Geheimdruckerei auf die Spur kam. — In Wartshau wurden am 3. d. M. aus der Kanzlei der Realschule 4000 Rubel geraubt, die zur Auszahlung der Lehrgehalter bestimmt waren. An dem Raube war ein Jörgling der Schule beteiligt, der mit einem Teil des Geldes festgenommen worden ist. Am 3. d. M. verhaftete die Polizei in einem Hause in Samara junge Leute, die Bomben anfertigten. Bei der Haussuchung wurden bei ihnen vier vollkommen fertige Bomben, sowie eine Anzahl Gewehre, Dolche und Browningpistolen vorgefunden. Auch Material zur Ausrüstung von Bomben wurde entdeckt. Aufgrund dieser Ergebnisse wurden dann noch vier Mitzuhilfende verhaftet.

— In Moskau entdeckte die Polizei eine 15 Mann starke Räuberbande, die sich aus beschäftigungslosen Arbeitern zusammenigte und lange Zeit hindurch die anliegenden Lohnen und Moskau selbst unsicher gemacht hat. Sämtliche Mitglieder der Bande wurden verhaftet. — In dem Gefängnis zu Wladimir fesselten Sträflinge, unter denen sich hauptsächlich Matrosen aus Swerdlow befinden, die Gefängniswoche und versuchten, den Posten ihre Waffen fortzunehmen, um 200 Gefangene zu befreien. Einem Gefängniswärter gelang es, telefonisch Militär herbeizurufen, mit dessen Hilfe die Sträflinge überwältigt wurden.

Nordamerika.

— Ein Telegramm aus Sheidan berichtet: Die Indianerkämpfer verhandeln mit der Truppenabteilung, die sich erbietet, die Indianer nach dem Reservatgebiet in Utah zu transportieren und ihnen Nationen für den Winter zu geben, und die fernere in Erwähnung ziehen will, den Utah-Indianern im nächsten Frühling neue Jagdgründe zu geben. Die Indianer sind mit den Vorschlägen einverstanden, wünschen aber, daß ihnen bestimmt versprochen werde, sie könnten im Frühling nach dem Powderfeste zurückkehren.

Ein Stadt zu Land.

Dresden, den 5. November 1906.
Tageskalender für den 6. November. 1906. König Alfonso von Spanien besuch in Berlin. — 1902. Erwählung Dr. Anton Albrecht zum Erzbischof von Köln. — 1893. † Peter Schafarowski zu Petersburg, russischer Komponist. — 1876. † Giacomo Antonio zu Rom, Kardinal-Staatssekretär Pius IX. — 1800. Beginn der dreitägigen Kinderfests Lübeck durch Bernhard, Sohn des Kurfürst. — 1771. * Alois Senefelder zu Prag, Erfinder des Steindrucks. — 1753. Hans von Kotze, der Freund Friedrich d. Gt., zu Küstrin enthaftet. — 1400. † Papst Januarius VI.

* Wetterprognose des Königl. Sächs. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 6. Nov. über: Wind und Bewölkung; mögliche südliche Winde, meist trüb. Niederschlag und Temperatur: günstig trocken, später Niederschläge. Temperatur nicht erheblich gänzlich.

* Se. Majestät der König ist gestern nachmittag von Venegia nach Tarvis abgereist und wird morgen Dienstag früh von dort zu den Feierlichkeiten weitaus Sr. K. und K. Hoheit des Erzherzogs Otto von Österreich in Wien eintreffen. Von Wien begibt sich Se. Majestät morgen Abend wieder nach Tarvis zurück.

* Ihre Majestät die Königin-Witwe beginnt am Sonntag die Feier ihres Namenstages.

* Der Kronprinz Georg und Prinz Friedrich Christian sind am Sonntag vormittag von Mailand wieder in Dresden eingetroffen.

* Se. Majestät der König hat der Chorsängerin Emma Wolurka das Maria-Anna-Kreuz verliehen.

* Wegen des erfolgten Ablebens Sr. Kaiserl. und Königl. Hoheit des Erzherzogs Otto von Österreich wurde die Hostrauer auf vier Wochen vom 3. bis mit 30. November angelegt.

* Die Königin Wilhelmine der Niederland erschien am Sonnabend Mittag in Begleitung zweier Damen und ihres Hofmarschalls in der neuen Königlichen Kunstsammlung an der Gerokstraße, um dieselbe einer eingehenden Besichtigung zu unterziehen.

* Der Ortsverband Dresden der Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller hielt am Sonnabend im Hotel Amalienhof eine starkbesuchte Mitgliederversammlung ab. Zum Anfang referierte Herr Redakteur Herrlein über das am 1. Februar 1907 gemeinsam mit dem Verein Dresdner Presse unter dem Titel eines Kostümfestes „Wild-West“ geplante Winterfest in sämtlichen Räumen des häuslichen Ausstellungspalastes. Über die Vorarbeiten für den im nächsten Jahre im Juni hier stattfindenden Delegiertentag des Verbandes deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine und die Generalversammlung der Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller referierte der Vorsitzende, Redakteur Guido Mäder. Einen interessanten Bericht über den Mailänder Friedenskongreß erstattete die Schriftstellerin Erdal, Anna Neumann. Der nächste Vortragabend des Ortsverbandes findet am Sonnabend den 17. November, abends 8 Uhr, im weißen Saale der „Drei Raben“ statt.

* Zur Verjährung ärztlicher Honoraransprüche. Am 31. Dezember d. J. verjährten im Bereich des Deutschen Reiches die ärztlichen Honoraransprüche aus dem Jahre 1904. Die Verjährung wird nicht unterbrochen durch ein einfaches Mahnverfahren, sondern nur 1. durch schriftliches Anerkennung der Verjährung der Forderung seitens des Schuldners, womit man zweitmäßig eventuell die Festsetzung eines bestimmten Zahlungstermines verbindet; 2. durch Abzahlung; 3. durch gerichtliche Klage resp. Zahlungsbefehl; 4. durch Annahme zum Konkurs. Das einfache gerichtliche Verfahren besteht in der Beantragung eines Zahlungsbefehls. Der selbe ist mit den geringsten Kosten verbunden, was um so mehr zu beachten ist, als der Gläubiger im Unvermögensfalle des Schuldners die gesamten Kosten allein zu tragen hat.

* Erweiterung des Fernsprechverkehrs. Der Fernsprechverkehr von Dresden nach Nachbar- und Vororten ist erweitert worden durch Zulassung u. des unbeschränkten Sprechvertrages: mit Bergen (Vogtland), Grambow (Pommern), Lüderode, Ottmachau, Potschau, Posen, Rägenwalde, Sonnenberg (Sachsen-Weiningen) und Spindelwitz; b des beschränkten Sprechverkehrs: das ist während der festgesetzten Dienststunden, an Werktagen jedoch mit Abschluß der Stunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 7 nachmittags, mit Marktzeit.

* Von dem Automobil des hier wohnhaften Steinbruchsbesitzers Falbach wurde am Sonnabend abend auf der Johann-Georgs-Allee die Ehefrau des Kaufmanns und Inhabers einer Zigarrenfabrik F. W. Conrad überfahren. Die Unglücksfahrerin sofort bewußtlos und verstarb auf dem Transport nach der Sanitätskutsche. Wenige Stunden später ereignete sich ein schweres Unglück auf der Moritzstraße. Dort wurde der 70 jährige Invalid Zeuner beim Überschreiten der Straße von einem Straßenbahnenwagen erfaßt und überfahren. Im Krankenhaus mußte ihm der zermalmte Oberarmknochen abgenommen werden.

* Eine lustige Episode, die aber den Vorzug hat, wahr zu sein, wie sie sich dieser Lage in einem bissigen, vielbesuchten Restaurant ab. Einige fremde Herren, die den Berliner Dialekt ziemlich auffällig in ihren Reden zum Ausdruck brachten, hatten verschiedenes an den Einrichtungen und dem sonst Gebotenen auszustellen. Der Schuhreis strain lautete dann immer gewöhnlich: „So wie jetzt's bei uns nich'“ oder: „Det is doch ville besser bei uns!“ Ein idyllerhaft veranlagter Herr, der schon längere Zeit den Redeschwall mit angehört hatte, fragte bescheiden, wo die Herren wohl zu Hause wären. „Na, in Berlin!“ war die schnell gegebene, aber auch schon erwartete Antwort. „Meinen Sie das Berlin bei Köpenick?“ ließ sich im ruhigsten Tone derfragende vernehmen. — Es bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung, daß im nächsten Moment der Frage die Lacher auf seiner Seite hatte. (Dresden. Noch.)

Leipzig. Gestern abend wurden bei einer Revision der hiesigen Stadtkasse Unregelmäßigkeiten entdeckt. Der Kassier Grüßmann stellte sich freimüdig der bissigen Staatsanwaltschaft mit der Selbstbegleichung, große Beträge aus der hiesigen Stadtkasse veruntreut zu haben. Er wurde in Haft behalten. Die Höhe der unterschlagenen Summen ist noch nicht festgestellt. Die bissigen Zeitungen geben die Höhe von über 100 000 Mark an. Dem Bankhaus Jean Bräuer in Berlin, bei dem Grüßmann spekuliert, soll er angegeben haben, daß er die Spekulation für Freunde unternehme. Auf die Bahn des Verdachens ist Grüßmann dadurch geskommen, daß er zunächst sein eigenes Vermögen (es können einige Tausend Mark gewesen sein) verspielt. Durch weitere Spekulationen mit städtischen Geldern suchte er dem Verlust wieder beizutreten, geriet aber hierbei immer tiefer herein. Der Aufwand Grüßmanns für sich und seine Familie (diese bestand aus der Ehefrau und einem Sohne) war ein sehr bescheidener. Grüßmann ist 1860 in Johannegegenstadt geboren, hatte gedient und hat sich 21 Jahre in städtischer Stellung befunden.

Kirchberg. Am Mittwoch fanden Pilgerzüge im Seifersdorfer Gehölz in der Nähe der Schellerchen Restauration einen männlichen Leichnam. In dem Toten wurde der im 35. Lebensjahr stehende Richard Kramer von hier ermordet. Er hatte sich den Tod durch Ersticken und Erhängen geben. Wie man erzählt, soll die Ursache des Selbstmordes darin zu suchen sein, daß man ihm als Chinalämpfer seine Rente entziehen wollte.

Annaberg, 3. November. Unter Vorsitz des Bezirksrates Dr. Brink hielt gestern der Ausschuß des Vereins zur Hebung des öffentlichen Badegewerbs hier eine Sitzung ab, in der bekanntgegeben wurde, daß das von der Stadt mit einem Aufwande von 250 000 Mark erbaute Stadtbath vorzüglich in der ersten Hälfte des Monats Dezember seine Weihe erhalten kann. Zur Weihe des Stadtbades werden Mitglieder des Badevereins und sonstige schwimmfertige Herren einen Schwimmreigen aufführen, womit das große Badebeden seiner Bestimmung übergeben werden soll. Es werden im Stadtbath auch Männer- und medizinische Bäder bereitgehalten.

Limbach i. S. Am 31. Oktober d. J. fand hier endlich der erste katholische Gottesdienst statt. Die Teilnahme daran war nicht stark und warum wohl? Bezahlte es hier an katholischen Einwohnern? Limbach hat ca. 15000 Einwohner und mit seiner stark besiedelten Umgebung mehrere Hundert Katholiken. Da hier katholischer Gottesdienst stattfand, haben die wenigsten gewußt, auch ill man daran gewöhnt, daß die Katholiken nach Chemnitz zur Kirche gehen, oder wenigstens so tun; daß katholische Geistlichkeit ist zum großen Teil eingezimmert und muß geweckt werden. Dies werden wir in der Zukunft besorgen, so weit es in unseren Kräften steht.

Ostrik, 4. November. Mit einem Revolver schoß sich gestern früh auf der Dorfstraße im nahen Altfeld der Arbeiter Probst eine Kugel durch den Kopf. Das Geschoss verlegte den Stirnknöchen und drang dann aus dem rechten Auge wieder heraus. An seinem Aufkommen wird gezeigt. Der Brandwein scheint an dem Unglück die Schuld zu tragen. Nachdem Probst als Arbeiter der Zuliepinnei durch Krankheit in den Besitz einer Rente gekommen war, sah man ihn häufig stark betrunken. Infolge missliebigen Auftretens wurde er aus Sachsen ausgewiesen. Da seine Familie nicht mit ihm ging, so führte er ein unseltes Leben. Nach heutigen Ausführungen zu schließen, scheint er dieses Leben nunmehr überdrüssig geworden zu sein.

Gera, 1. November. Am Reformationstag hat ein bissiger Prediger in der Trinitatiskirche sich beleidigungen gegen die katholische Kirche erlaubt. Hieraus sieht man, wie notwendig die Erstlings der katholischen Kirche für viele protestantische Prediger ist. Man denkt sich einmal den Fall, die katholische Kirche würde durch den gewaltigen Lutherzorn dieser Prediger von der Erde verschwinden. Woher wollten dann jene Herren den Stoff zu ihren Predigten nehmen? Denn in der protestantischen Kirche ist ja alles in schönster Ordnung. Die Herren Prediger sind sämtlich vom Glauben an Christus, den Sohn Gottes, tief durchdrungen. An den Sonn- und Feiertagen sind die Kirchen von gläubigen Protestantern überfüllt. Die Herren werden alle kirch-

lich geschaf-

Winder gi-

nicht den-

und vor-

nahme la-

natürliche

Beben

von Schlosser

Eurolohn

Flamme

einen läb-

berbeiton

ab, bei r-

S. D

ber stat-

das Sch

ten Her-

kirchenp-

jetz. Da

bündnis-

ab, bei r-

der T

ber stat-

ten Her-

kirchenp-

jetz. Da

am 9.

8 Uhr.

v. Berliner

Lieberb

von S.

lich geschlossen. Entscheidungen kommen nie vor, unheiliche Kinder gibt es nicht, die grösste Sittlichkeit herrscht bei jung und alt, Feindschaften, falsche Eide und Tochsläge sind gar nicht denkbar, das heilige Abendmahl wird öfters im Leben und vor dem Sterben andächtig genossen und ohne Ausnahme lassen sich alle kirchlich begraben. Da ist es doch ganz natürlich, dass man in heiligem Eifer auf die Schäden und Gebrechen der katholischen Kirche hinweist, Papst, Bischöfe, Priester, Mönster, Orden, Ceremonien und Einrichtungen derselben in dem Lichte des lauteren Evangeliums zeigt und in satten Sprüchen vor dieser Ausgeburt der Hölle warnt. Wo aber bleibt die von uns so streng geforderte Toleranz? Ja, Freiheit, die ich meine.

Nürnberg, 2. November. Drei Menschen haben bei einer durchbrennen Feuersbrunst, die in der Nacht zum Donnerstag in der nahen Ortschaft Schnaubel wütete, den Flammen Tod gefunden. Trotz verzweifelter Anstrengungen war es nicht möglich, alle Bewohner des Hauses Nr. 45 in Sicherheit zu bringen. Verbrannt sind der siebenjährige Knabe Emil Kloß, dessen acht Monate altes Schwesternchen und die Großmutter der Kinder, Frau Franziska Rainisch. Durch Flugfeuer geriet ebenfalls auch das mit Stroh gedeckte Haus Nr. 43, Eigentum des Schlossermeisters Schier, in Flammen. Hier retteten die Einwohner Hände und Frau ebenfalls in die Gefahr, den Flammen Tod zu erleiden. Sie retteten sich schließlich durch einen schnellen Sprung. Beide Häuser sind völlig zerstört worden.

Komotau, 3. November. In Oberndorf, einem Vorort von Komotau, ereignete sich gestern eine schreckliche Bluttat. Die Tagarbeitergattin Ida Truda, die erst kürzlich aus der Irrenanstalt als geheilt entlassen wurde, kam in den Hof des Lefonom und Grundbesitzers Pein und fragte nach dessen Tochter. Als diese, ein 18 Jahre altes Mädchen, herbeikam, bat die Truda um ein Bündel Hen. Fräulein Pein sagte bereitwillig zu und begab sich mit der Truda auf den Heuboden. Dort angelangt, zog leichtere plötzlich ein großes Messer hervor, überfiel das Mädchen von rückwärts und durchschlitzt ihm den Hals, so dass die Wirbelsäule blieb. Dann eilte die Mörderin, die offenbar wieder in Wahnsinn verfallen war, nach Hause und durchschlitzt sich mit demselben Messer die Kehle. Die beiden Schwerverletzten wurden ins Spital gebracht. Dort ist die Truda bereits gestorben. Fräulein Pein ringt ebenfalls mit dem Tode.

Berichtsnachrichten.

S Dresden. Das kürzlich gegründete katholische Kreuzbündnis hält am Mittwoch, den 14. d. W., eine Versammlung ab, bei welcher die Vorstandswahl vorgenommen werden wird.

S Dresden-Löbtau. In der am Sonntag, den 28. Oktober stattgefundenen Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland sprach an Stelle des verhinderten Herrn Präfekten Müller Herr Pfarrer Rudolph über die kirchenpolitische Lage in Frankreich und das Trennungsgesetz. Der Herr Redner erläuterte die einzelnen Artikel des Gesetzes und forderte zum Schluss seiner interessanten Ausführungen die Anwesenden auf, treu zu unserer heiligen Kirche, treu zu unserem Volkvereine und treu zu unserer politischen Vertretung zu stehen, damit wir nicht zu denken traurigen Verhältnissen kommen wie unsere Glaubensgenossen in Frankreich. Lebhafte Beifall belohnte den Herrn Redner für seine schönen Worte. Zum zweiten Teile der Lagesordnung, betreffend den Stand unserer Kirchenbauangelegenheit, erstattete den Bericht über die bisherige Tätigkeit des Komitees des leitenden Herr Pfarrer Haselberger. Eine lebhafte Aussprache schloss sich den Ausführungen an; und es wurde allseitig der Wunsch laut, dass die Sammlungen etwas energischer vorgenommen werden möchten. Eine Resolution an den hochwürdigen Herrn Bischof Dr. Alois Schaefer wurde einstimmig angenommen, in welcher die Bitte ausgesprochen wurde, dass der hochwürdige Herr unseren so notwendigen Kirchenbau unterstützen und fördern helfen möge. Zum letzten Punkt der Lagesordnung: „Unsere möglichen Schulverhältnisse“ wurden die unholzbaren Zustände einer eingebenden Erörterung unterzogen. Es wurde der Wunsch laut, dass die Löbtauer Katholiken sich mit den maßgebenden Körperschaften in Verbindung setzen möchten, damit bei der nächsten Schulvorstandswahl auch ein Löbtauer in den Schulvorstand gewählt wird, um dort für die Befestigung der Mirkstände einzutreten. Auch wurden die Anwesenden ersucht, sich die südliche Staatsangehörigkeit zu erwerben, um ihre Stimme hierzu in die Wahlkugel werfen zu können. Um 11½ Uhr wurde die gut besuchte und anregende Versammlung geschlossen.

S Dresden-Pieschen. Mittwoch, den 14. d. W. veranstalteter katholischer Volksverein Hoffnung in Bakkes Establissemant an der Leibnitzer Straße sein 14. Stiftungsfest, bestehend aus musikalischen Vorträgen, Theater, Bärenverlosung und Ball. Beginn 1½ Uhr. Auf die Feier, die besonders genügend zu werden verspricht, sei schon jetzt hingewiesen.

S Pirna. Kath. Arbeiterverein. Vorstandssitzung am 9. November in Augustusbad. Ansang pünktlich 8 Uhr.

Bermischtes.

V Dem Hauptmann von Rövenich, der sich im Berliner Untersuchungsgesängnis befindet, geben sogar Liebesgaben zu, kleinere Geldbeträge, Chwaren usw., die von Stammtischen und aus ähnlichen Kreisen gespendet wurden. Ob diese Dinge dem falschen Hauptmann ausgedehnt werden dürfen, steht dahin. Es haben sich auch Kuriositätenliebhaber gefunden, die die Möbelstücke des Zimmers auslaufen, in dem der erfundene Buchthäubler gehaust hat. Für den Tisch, an dem der Herr Spitzbube beim Frühstück gesessen hat, als er verhaftet wurde, sollen 40 M. gezahlt werden sein. Wert soll er 3 M. haben. „Es muss auch soche Räuze geben!“

V Das Sinken der atlantischen Küste Amerikas ist von Geologen festgestellt worden. Die Entdeckung erfolgte anlässlich der Neuversorgung New Yorks mit Wasser, die 650 Millionen Mark kostet. Es wird behauptet, dass Coney Island in Jahrzehnten wegsinken wird und dass sogar die Freiheitsstatue zu gegebener Zeit unter den

Wasserspiegel gerät. Selbstverständlich ist dann auch Neuwirk von der Überschwemmung bedroht. Die Neuyorker Blätter schreiben ganze Leitartikel über diese Gefahr.

Neues vom Tage.

Trier, 4. November. Es steht fest, dass es in der Tat ein Selbstmord war, den Feldwebel Lünsmann begangen hat. Dieser war im vorletzten Monat in einer Schlägerei verwickelt worden und wurde wegen unbefugten Gebrauchs seiner Schußwaffe zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Während der heutigen Paroleausgabe sollte das vom Oberkriegsgericht und Reichsmilitägericht bestätigte Urteil verlesen werden. Lünsmann suchte deshalb vorher den Tod.

Berlin, 3. November. Ueber die Gesundheit des Hauptmanns Voigt, des Köpenicker Hassenträubers, waren heute allerhand Gerüchte verbreitet. Er soll einen Blutsturz erlitten haben. Richtig ist nur, dass er körperlich sehr herabgesunken und magenleidend ist. Er befindet sich jedoch nicht im Lazaret, sondern in einer Zelle des Untersuchungsgefangnisses.

Dungeness, 5. November. Die Park „Schiller“, von Bremen hat sich gestern Abend beim Sturm im Kanal von ihren Anker losgerissen und ist in der Ostbucht auf Strand getrieben. Das Schiff befindet sich in leichter Lage. Ein Rettungsboot ist zur Hilfeleistung abgegangen.

London, 3. November. Aus New York wird jetzt ausführlich gemeldet: Der Sekretär des Pearl-Artic-Club Bridgemann erhielt folgende Depeche von Pearl, datiert Twedale über Twillingate-Insel, 2. November: „Die „Roofelt“, das Schiff der Expedition, überwinderte an der Küste von Grant-Land, etwas nördlich vom Hauptquartier des Alert im Winter 1884/85. Wir gingen im Februar auf Schlitten über Kap Herlo und Kap Columbia nach Norden, wurden aber durch offenes Wasser zwischen dem 84. und 85. Breitengrad aufgehalten. Jenfeits des 86. Breitengrades zerbroch nach sechstägigem Sturm das Eis, schritt die Verbindung mit den Unterstützungsstellen ab und trieb uns nach Osten. Wir erreichten den 87. Grad 6 Minuten, über das Eis stetig nach Osten treibend. Auf der Rückkehr sahen wir acht unserer Hunde. Wir trieben nach Osten, wurden durch offenes Wasser aufgehalten und erreichten endlich die Nordküste Grönlands in bedrängter Lage. Wir erlegten einige Moschusböhlen und lehrten die grönlandische Küste entlang nach dem Schiffe zurück. Die beiden Unterstützungsstellen wurden nach der Nordküste von Grönland getrieben, eine von ihnen wurde in halb verhungertem Zustande gerettet. Nach einer Woche Erholung fuhren wir auf Schlitten nach Westen, vollendeten die Tour an der Nordküste von Grant-Land und erreichten weiteres Land nahe beim 100. Meridian. Die Heimreise war ein unaufhörlicher Kampf mit Eis, Sturm und widriger See. Es fand kein Todesfall oder Krankheit während der Expedition statt.“ Bridgemann erklärte, er zweifele nicht, dass Pearl sich auf der Rückkehr befindet. Die bisher erreichte größte Nordhöhe sei 86 Grad 34 Minuten, die durch Kapitän Cagni von der Expedition des Herzogs der Abruzzen erreicht wurde.

Paris, 3. November. Der wahnsinnige Kaiser von Annam, Thanhthai, wurde mit Zustimmung des französischen Residenten vom Familientrete abgesetzt und unter Bewachung gestellt. Man wird ihm einen Sohn des Kaisers Gialong zum Nachfolger geben.

Changhaï. Die Missionare berichten: Im Norden der Provinz Liangfu herrscht großer Hungersnot. Etwa zehn Millionen Menschen sind dem Hungertode nahe. Die Behörden verhindern die Bevölkerung an der Auswanderung, tun aber keine Schritte zur Beschaffung von Nahrungsmitteln. Die Ruhelösungen, die bisher unerheblich waren, nehmen jetzt zu.

Telegramme.

Posen, 3. November. Vor dem biesigen Landgericht sind wegen der Aufforderung zum Schulstreit bereits 40 Prozesse anhängig gemacht. Heute wurde die Reihe eröffnet mit der Verhandlung gegen den Redakteur Spontanski vom Confer Wielkopolski und Sivola von der Presse. Auf Antrag der Verteidiger wurde trotz des Widerspruchs des Anklagevertreters die Verfolgung beider Sachen ausgesprochen, da festgestellt werden sollte, ob die Schulverordnung des Oberpräsidenten rechts gültig ist. Auch wurde seitens der Verteidigung darauf hingewiesen, dass Artikel 26 der preußischen Verfassung den Religionsgesellschaften die Verfügung über die Einteilung des Religionsunterrichts zuerkennt.

Paris, 4. November. In den französischen Sektionen des hier tagenden Kongresses der kolonialen Presse Frankreichs und des Auslandes wurde heute ein Bericht verlesen über die Punkte, die Frankreich bescheinigt müsste zur Verbesserung seiner Kolonien oder ihrer Sicherung in Falle eines Weltkrieges. Es heißt in dem Berichte, Frankreich müsste die Insel Hainan, die das südchinesische Meer beherrscht, und verschiedene chinesische Provinzen, die aufgezählt werden, besetzen. Was Marokko betrifft, so müssten im Gebiet des großen Atlas die Punkte Toudja, Ifrigia und Moulaïn überwacht werden. Weiter beschäftigt sich der Bericht mit der Frage der Grenze zwischen Tunis und Tripolis und sagt, Tunis müsse für den Fall eines türkisch-italienischen Konfliktes eine sehr scharfmarkierte Grenze haben.

London, 5. November. In dem Auslande in der Gegend von Rhondavallen und Pontystridd gibt sich auf Seiten der Bergarbeiter große Neigung und zur Arbeit zurückzukehren. 5000 Ausständige werden voraussichtlich am 6. d. W. die Arbeit wieder aufnehmen, nachdem ein großer Teil der nichtorganisierten Arbeiter dem Bergarbeiterverband beigetreten ist.

Glasgow, 5. November. Die Lage im Schiffsbaustreit hat durch das Eingreifen des Verbandes der schiffbaulichen Gewerbe eine ernste Gestalt angenommen. Da dieser Verband tatsächlich fast alle Arbeitgeber in der Schiffsbauindustrie Großbritanniens umfasst und die Arbeitgeber jeden Kompromiss gänzlich abgeneigt sind, so kann jetzt nur noch eine Kapitulation der Arbeiter verhindern, dass die ganze Schiffsbauindustrie in den Streit hineingezogen wird. Am letzten Sonnabend sind von den Clydwerften noch mehr

Menschen entlassen worden, und die Werften werden bald ganz zum Stillstand kommen.

Edinburgh, 5. November. Neir Hardy stellte in einer Rede, die er gestern in einer Versammlung hielt, in Abrede, dass der Sozialismus oder die Arbeiterpartei durch den Ausfall der Stadtratswahlen einen Rückslag erhalten habe. Die Niederlage der Fortschrittspartei in London bedeutet einen Triumph des Conservativen und anderer Trusts, die 50 000 £ für den Wahlkampf aufgewendet hätten.

Theater und Kunst.

Wochenprogramm der Königlichen Hoftheater. Opernhaus: Montag: „Oberon“ (7 Uhr). Dienstag: „Aribert“ (1½). Mittwoch: „Orpheus und Eurydice.“ „Glaucus solo“ (7). Donnerstag: „Die Siebenschläfer“ (7). Freitag: II. Sinfoniekonzert, Serie A (7). Sonnabend: „Manfred“ (1½). Sonntag: „Oberon“ (7). Montag: „Rigoletto Hochzeit“ (7). — Schauspielhaus: Montag: „Die Wale“ (7). Dienstag: „Herodes und Mariamne“ (1½). Mittwoch: „Der Oberpelz“ (1½). Donnerstag: „Zur Erinnerung an Schiller“ (7). Freitag: „Lohndiener“ (1½). Sonnabend: „Der Dieb“ (1½). Montag: „Der verlorene Sohn“ (1½). Sonntag: „Der Bibliothekar“ (1½). Montag: „Vorlesungen“ (1½).

Röteliens Theater. Heute, Dienstag, sowie Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend wird die dreiläufige Operette „Die lustige Witwe“ von Franz Lehár wiederholt, welche allabendlich vor ausverkauftem Hause mit grossem Beifall in Scene geht. Freitag wird im Operetten-Abonnement, dritte Serie, „Die schone Helena“ gegeben.

Zentraltheater. Die erste Aufführung von „Der Stern von Bethlehem“, deutsches Weihnachts- und Krippenspiel in 4 Bildern von F. A. Seizler, Musik von G. Bittrich, findet, wie bereits bekanntgegeben, Sonntag den 11. November nachmittags 1½ Uhr statt. Eintrittskarten sind täglich von 10 bis 2 Uhr an der Kasse des Centraltheaters zu haben.

Für das erste Abonnementkonzert des R. K. Konseratoriums am Dienstag, den 6. November, abends 1½ Uhr, im Vereinshaus ist folgendes Programm festgelegt: Große Ouvertüre Nr. 3 von Beethoven: „Arie, Auf starkem Pfeil“ von Haydn; Symphonie espagnole für Violine mit Orchester von Lalo; Lieder von Hugo Wolf; „Verstiegene Liebe“; „Der Knabe und das Ammelein“; „Auch kleine Dinge“; „Der Gärtner“; Sinfonische Variationen für Klavier und Orchester von Gustav Mahler; „Lied vom Winde“ von Reinhold Becker (Julianenmelodie Klavier); „Murmelndes Läufchen“ von Jenzen; „Chanson espagnole“ von Delibes; Ouvertüre 1812 für großes Orchester von Tschaikowsky. — Solisten: Art. Baldamus (Violin), Art. Martick (Gesang), Herr Pianist Walter Lehmann an Stelle des Herrn Kammervirtuoso Bachmann. Eintrittskarten sind im Königl. Konseratorium, Landhausstr. 11, zu haben.

Am 31. Oktober beginnt der Dresdner Männergesangverein unter zahlreicher Beteiligung des Neustädter Kasinos sein dreißigjähriges Stiftungsfest. Die Feier wurde eingeleitet durch einen Festaktus, den ein schwungvoller, von dem Vereinsmitgliede Herrn Freygang vorgetragen und von diesem mit ausdrucksvoller Begeisterung gesprochener Prolog eröffnete. Hieran schloss sich der von der Sängergesellschaft vorgetragene Chor „Die Himmel röhmen des ewigen Chor“. Sobald wurden durch warme, zu Herzen gehende Worte des ersten Vorsitzenden, Herrn Königl. Hofdirigenten Gustav Schreiber, diejenigen Herren geehrt, welche dem Vereine seit seiner Gründung als aktive Mitglieder angehören. Es sind dies die Herren Ministerialsekretär Marcus, Käffner Bäsig und Kaufmann Karl Schüre. Eine besondere Ehrung wurde dem Vereinsdirektor, Herrn Kantor Paul Schöne, dadurch zu teilen, dass ihm mit Rücksicht auf seine besonders erfolgreiche Arbeit im Vereine, die goldene Vereinsnadel überreicht wurde. Durch herzliche Ansprache seitens des zweiten Vorsitzenden, Herrn Kaufmann Karl Schüre, und die feierliche Auseinandersetzung einer in kostbarer Ledermappe gebundenen, protzvollen Ehrenurkunde, brachte der Verein dem ersten Vorsitzenden seinen Dank für dessen unermüdliche Förderung des Vereins zum Ausdruck. Eine ehrende Ueberreichung wurde auch dem Vereine in seiner Gesamtheit zu teilen, indem ihm von seinem passiven Mitgliede, Herrn Kommerzienrat Dr. E. Reichardt, ein mit Widmung versehener Altmann-Brunnen dediziert wurde. Den feierlich verlaufenen Aktus beendete der Vortrag des Chores „Das deutsche Lied“ von Atenhofer. Nach langer Pause begann die Festfeier, an welcher gegen 150 Personen teilnahmen. Den ersten Trinkspruch widmete nach hergebrachter Sitte der Vorsitzende, Herr Schreiber, Sr. Majestät dem König und dem Königlichen Hause. Sobald überbrachte Herr Professor Dr. Grauelius die Glückwünsche des dem feiernden Vereine eng befreundeten konseriativen Ziele — doch die Gesinnung eines jeden königstreuen und vaterländisch denkenden Bürgers hochachtete, wenn er auch nicht zu seiner Partei gehörte. Weitere Trinksprüche wurden ausgebracht auf den Vereinsdirektor, die Vereinsmitglieder, die Damen, die Gäste und die Freunde, ebenso auf die Jubilare. Unter den musikalischen und dramatischen Darbietungen sei insbesondere ein Duett der Herren Opernänger Brücke und Jungherr Stark, sowie auch die humoristischen Vorträge des Herrn Schauspieler Max Neumann genannt. Nach der Tafel hielt ein flotter Ball alle Teilnehmer noch lange in animierter Gesellschaft zusammen.

Konzerte und Vorträge im Oktober 1906. — Arrangements und Eintrittskarten: F. Ries, Königl. Hof-Musikalienhandlung, Konzert-Agentur und Piano-Lager (Inhaber: F. Plötner) Seestraße 21 (Kaufhaus).

Paul Golberg. Konzert zu Gunsten des Preußischen Hilfsvereins. Mitwirkung: Paula Doenges (Gesang), Harry Field (Klarinette), Treloverleistung: Bachmann-Särtich-Stenzl, Paul König (Flöte), Wilhelm Röddlich (Klarinette), Richard Rosohl (Viola) und die Robert Schumannsche Singakademie. Mittwoch den 7. November, abends 1½ Uhr. Vereinshaus. Eintrittskarten à 4, 3, 2 M.

Bestellungen auf Plätze nimmt auch die Königl. Sachs. Hof-Musikalienhandlung von Ad. Brauer (F. Plötner), Reussalt, Hauptstraße 2, entgegen. — Kartenverkauf von 9—1, 3—8 Uhr.

Katholisches Arbeitersekretariat

Dresden-Löbtau, Wernerstraße 11.

Unerentgeltliche Auskunft und Arbeitsnachweise. Sprechstunden von 11—1 Uhr und von 5—7½ Uhr.

Leipziger Volksbureau

Öffentliche gemeinnützige Auskunftsstelle. Grimmaischer Steinweg 15, II. Wochentags von 9 bis 1½ Uhr und von 1½ bis 2 Uhr.

Monatsbericht

des Stellenbuches christlicher und nationaler Arbeiter Leipzig, Herberge zur Heimat Nr. 4, Arndtstr. 51.

Die Inanspruchnahme des Stellenbuches war: 128 Stellenangebote und 62 Stellensuche, 48 Stellen wurden besetzt. Der Stellenbuch, welcher hauptsächlich für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, der evang. Arbeitervereine, der luth. Gesellen- und Arbeitervereine und der evang. Junglingvereine geschaffen wurde, wird von diesen noch viel zu wenig benutzt, so dass er zahlreiche Nichtmitglieder in Arbeit brachte, um möglichst viel Stellen belegen zu können. Es wird den Mitgliedern vorgenannter Vereine empfohlen, sich an den Stellenbuch zu wenden, da jederzeit offene Stellen über Berufe vorhanden sind. Geschäftsjahr 7—8 Uhr abends.

Die Verwaltung. I. A.: R. Glätsche, Vors. des christl. Gewerkschaftsbüros.

